Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt: Realschulstr. 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Anholt: W. Wolsing. — Dingden: Willy Schmitz. — Hammünkeln: H. Hengstermann. — Isselburg: Johann Welling. — Rhede: J. Heinrichs. — Ringenberg: Schniedertöns. — Spork: J. Krabbe. — Werth: Th. Parras. — Weseke: Hindenburgstraße 60.

Im 64. Jahrgang.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.95, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 213 | Freitag, den 4. August 1933 | Jahrgang 1933

Tagesrundschau.

Von Kahl zu Kerrl. Dreißig Jahre schon arbeiten die deutschen Juristen an einer Reform des Strafgesetzes. Das bestehende Gesetz von 1870 spiegelt einen Staat, der gleichzeitig Rechtsstaat und Obrigkeitsstaat war. Liberale Gesichtspunkte vermischen sich darin mit autoritären. Die Strafe ist nicht nur aus Erziehungsgründen da; sie dient auch der Vergeltung. Der große Strafrechtler Franz von Liszt führte denn auch das soziale Element in die Strafrechtspflege ein. Die Strafrechtsreformer, die nach Liszt auftraten, dachten nicht zuerst an den Staat, sondern an die Gesellschaft. Der Verbrecher wurde wegen seiner antisozialen Handlung zur Verantwortung gezogen, und die Strafe diente vor allem der Erziehung des Verbrechers. Die neue Strafrechtstheorie hat mit den Anschauungen vergangener Zeiten gebrochen. Jetzt geht die Strafrechtspflege von autoritären Gesichtspunkten aus. Die Strafe als Sinnbild des Staates erhält also eine neue Bedeutung. Auch im Strafvollzug werden nicht mehr die liberalistisch-humanitären Maßnahmen des früheren Staates angewandt. Mit der Strafrechtsreform wird gern der Name des im Frühjahr 1932 verstorbenen Juristen Wilhelm Kahl verknüpft. In der Tat ist Professor Kahl seit einem Menschenalter der Vorkämpfer für eine „moderne Strafrechtsreform" gewesen. Sein Tod vernichtete endgültig alle Hoffnungen, die da und dort noch für die Verwirklichung der Strafrechtsreform gehegt wurden. Schon als im Jahre 1909 ein umfassender Strafgesetzentwurf veröffentlicht wurde, stand Professor Kahl mit seinen Gesinnungsgenossen im Vordergrund des öffentlichen Meinungsstreits. Der Kommissionsentwurf von 1913 berücksichtigte dann zum guten Teile die Reformgedanken Kahls. Dann betätigte sich Professor Kahl nach 1918 jahrelang als Vorsitzender des Strafrechtsausschusses. Mit zäher Beharrlichkeit kämpfte er darum, daß die Strafrechtsreform (und damit im Zusammenhang auch die Reform des Strafvollzuges) im parlamentarischen Tagesstreit nicht vergessen wurde. Im April 1927 hatte Kahl dann sogar die Genugtuung, daß der Reichsrat den neuen Strafgesetzentwurf trotz mancher Widerstände genehmigte. Dennoch kam die Strafrechtsreform nicht zu einem Abschluß. Von einer Session zur anderen wurde sie verschleppt. Und als im Juli 1930 der Reichstag aufgelöst wurde, stand auf der Verlustliste auch die Strafrechtsreform. Vielleicht hat sich der alte Geheimrat Kahl in einer stillen Stunde damals schon eingestanden, daß eine Weiterarbeit an der Strafrechtsreform sinnlos wäre. Strafvollzug und Strafrechtspflege werden immer vom geltenden Staatsrecht beeinflußt sein. Der liberalistische Staat von ehedem entwickelte ein Strafrecht und schuf einen Strafvollzug, der den liberalen Zeitströmungen Rechnung trug. Das Staatsrecht des neuen Staates schließt eine Weiterentwicklung der alten Strafrechtsanschauungen aus. Mit neuen Gesichtspunkten gehen die Strafrechtler des Dritten Reiches an die Probleme des Strafrechts und des Strafvollzugs heran. Der autoritäre Staat entwickelte in wenigen Wochen den Plan eines neuen Strafvollzuges. Und die Strafrechtsreform, die ja immer noch in Aussicht steht, wird nun auch mit größerer Energie zum Abschluß gebracht werden.

*

Der Mißbrauch der Rundfunkgelder. Alle anderen Enthüllungen, die bisher gemacht wurden, übertrifft das, was in den beiden letzten Tagen über den Mißbrauch der Rundfunkgelder mitgeteilt wurde. Die Millionen, die die Rundfunkhörer mit ihrer Zwei-Mark-Gebühr aufbrachten, waren den Mitgliedern der früheren Rundfunkverwaltung offenbar als Objekt einer ungezügelten Verschwendung gerade gut genug. Kostspielige Reisen und üppiges Schlemmen — alles auf Kosten der Rundfunkhörer — scheinen auf der Tagesordnung gestanden zu haben. Auch daß dem einen oder anderen aus der großen Kasse des Rundfunks einmal ausgeholfen wurde, scheint niemandem Gewissensbisse verursacht zu haben. Die Gelder waren ja vorhanden und an Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Oeffentlichkeit war bei den leitenden Männern ebenso großer Mangel wie an einer wirksamen Kontrolle. Man ist erstaunt, daß leitende Rundfunkangestellte trotz ihrer hohen Gehälter sich in der Form von Spesen auch noch die Teilnahme an Silvesterfeiern, Künstlerredouten und Bällen teuer bezahlen ließen, von verschwenderischen Eßgelagen auf Kosten der Rundfunkkasse ganz zu schweigen. Als Hauptverantwortlicher für den skandalösen Mißbrauch der Hörergelder erscheint der ehemalige Rundfunkkommissar, Staatssekretär a. D. Dr. ing. ehrenhalber Hans Bredow. Er, der immer den größten Wert darauf legte, als der „Vater" des Rundfunks öffentlich gefeiert zu werden, und der freigiebig seine Bilder an die Sendegesellschaften verschenkte mit der Weisung, sie in den Amtsräumen aufzuhängen, hat sein „Kind", den deutschen Rundfunk, vom ersten Tage seiner Vaterschaft an kräftig für sich verdienen lassen. Weil man auf Grund des Untersuchungsmaterials aber nicht den Eindruck hat, daß der ehemalige Rundfunkkommissar noch ein Recht auf weitere Gehaltszahlung besitzt, ist von den verantwortlichen Stellen der Reichsrundfunk-Gesellschaft die Weisung ergangen, umgehend die Bezüge von Staatssekretär Bredow zu sperren. Da Bredow nach den amtlichen Gehaltskürzungen heute noch ein monatliches Einkommen von 1900 RM. bezieht, betragen die Ersparnisse, die der Rundfunk im Rahmen des bis 1944 laufenden Vertrages mit Bredow macht, rund 228 000 Mark. Das ist etwas! Andererseits aber wird man sich fragen, ob man gegen einen derartigen Mißbrauch öffentlicher Gelder nicht nachträglich noch strafrechtlich wird einschreiten können. Zur Statuierung eines Exempels wäre es jedenfalls dringend wünschenswert.

*

Frankreich und Spanien. Die Bemühungen der französischen Regierung um die politische und militärische Stärkung nehmen unentwegt ihren Fortgang. Wie Pariser Blätter zu melden wissen, sind die französisch-spanischen Verhandlungen über ein militärisches Abkommen auf dem besten Wege, zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Die Bemühungen Frankreichs um eine Konvention mit Spanien sind nicht erst neueren Datums, sondern reichen mindestens 30 Jahre zurück. Zu Festsetzungen ist es jedoch niemals gekommen. Erst im vergangenen Herbst, als der frühere Ministerpräsident Herriot in Madrid weilte, schienen die Fäden enger geknüpft worden zu sein. Es gab damals zwar einige Zwischenfälle, aber Herriot kam doch zu dem Ziel, das er sich gesteckt hatte, die Franzosen gaben der Madrider Regierung die erforderlichen Mittel zur Verstärkung der spanischen Marinebasis auf den Balearen. Frankreich sorgte auch dafür, daß sich Spanien mit dem modernsten Kriegsmaterial ausrüsten, und daß die ganze spanische Armee mit Stahlhelm versehen werden konnte. Auch der Gedanke einer Untertunnelung der Straße von Gibraltar wurde in der französischen Presse immer lebhafter ventiliert. Die spanische Regierung zeigte sich den französischen Wünschen nicht abgeneigt, und daher kam es, daß mit den Tunnelgrabungen schon begonnen worden ist. Mit diesem Weg, der unter dem Meere hindurch von Gibraltar nach Nordafrika führt, hat Frankreich eine ausgezeichnete Verbindung zwischen dem Mutterland und seinem Kolonialgebiet. Offenbar glauben die Franzosen auf den möglichst raschen Ausbau dieses Unterseetunnels drängen zu sollen, weil im französischen Volk der Ausbau der italienischen Luftwaffe und die Neugestaltung der italienischen Flotte als drohende Gefahren für Frankreich angesehen werden. Daß sie bei den Männern des neuen Spanien dabei auf großes Verständnis stoßen, erklärt sich nicht zuletzt auch aus der Tatsache, daß eine ganze Reihe der spanischen Kabinettsmitglieder während des Regimes Primo de Rivera und vorher in Frankreich im Exil gelebt haben, daß sie zum Teil Mitglieder der französischen Freimaurerlogen waren und noch sind, und daß so ihre Sympathien sehr stark auf französischer Seite stehen. Ueberall ist es zu spüren, daß die Madrider Politik sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik Kurs auf Paris nimmt. Durch ein engeres politisches und militärisches Bündnis mit Spanien erwachsen für Frankreich sehr starke Vorteile. Sollte Frankreich in irgendwelche Verwicklungen hineingezogen werden, so müßte es nicht befürchten, daß ihm an seiner Südgrenze irgendwelche Gefahren militärischer oder politischer Art entstehen. Binnen kürzester Frist könnten die afrikanischen Reservetruppen nach Frankreich geschafft werden. Die Einzelheiten des französisch-spanischen Militärabkommens sind noch nicht bekannt. Wäre aber in den Abmachungen auch eine aktive militärische Unterstützung Frankreichs durch Spanien vorgesehen, so hätte die französische Militärmacht eine Stärkung erfahren, wie sie besser kaum gedacht werden könnte.

Der Aufbau des deutschen Bauernstandes.

Große westfälische Bauerntagung in Hamm. – Grundsätzliche Ausführungen des Reichslandbundpräsidenten Meinberg. – Westfalen als Vorbild.

TNB **Hamm, 3. August.**

In Bad Hamm fand heute eine große Kundgebung der westfälischen Bauern und des westfälischen Landhandels statt, zu der die führenden Persönlichkeiten der Provinz, Oberpräsident Freiherr von Lüninck, Regierungspräsident von Stockhausen, der Direktor der Landwirtschaftskammer in Münster, Prof. Gerlach, erschienen waren. Das Ziel der Kundgebung war, die Landwirte und Händler zusammenzubringen und Wege zu finden, die landwirtschaftlichen Produkte unter Ausschaltung überflüssiger Spekulation dem Konsum zu übermitteln.

Der Versammlungsleiter teilte mit,

daß heute bis auf kleine Reste die Landesbauernstelle Westfalen mit 6 Bezirksbauernstellen, 35 Kreisbauernstellen und 2 Amtsbauernstellen gegründet worden ist. Wenn damit auch nur erst ein Gerippe dargestellt worden sei, so blieben die westfälischen Bauern bemüht, diesem großen Rahmenaufbau Blut und Fleisch zu geben und treu zum Reichslandbundführer zu stehen.

Der Vizepräsident des Deutschen Landhandelsbundes,

Dasler-Berlin,

entwickelte dann einige Leitsätze der Zusammenarbeit zwischen Landhandelsbund und Reichslandbund. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die beiden Organisationen jetzt vereint sind. Er führte weiter aus: Wir haben erleben müssen, daß die Politik des deutschen Volkes in den letzten 14 Jahren allein vom Gelde bestimmt wurde. Nunmehr ist aus den Tiefen des deutschen Volkes, aus dem deutschen Bauerntum, eine Kraft aufgebrochen, wo unter dem Appell des Führers Adolf Hitler nunmehr das deutsche Blut zur Regentschaft gelangt ist. Wenn heute die Landhändler eingegliedert sind in den Reichsstand der deutschen Landwirtschaft, so wird der neue Bund nunmehr die Führung des bodenständigen deutschen Landhandels übernehmen, der berufen ist, zu seinem Teil mit dazu beizutragen, daß im Rahmen der gegebenen Möglichkeit das deutsche Bauerntum in den Mittelpunkt gestellt wird. Der deutsche Landhandel soll ehrlicher Makler sein zwischen Bauer und Konsum. Es darf auch keinen Landhändler geben, der die gesunde Genossenschaft als seinen Feind ansieht. Beide müssen im edlen Wettstreit um der Landwirtschaft und des deutschen Volkes willen zusammenarbeiten. Die Führung des Deutschen Landhandelsbundes kämpft darum, daß im Bund nur der saubere bodenständige Händler organisiert wird. Er kämpft für die Stunde, wo einmal das Konzessionsrecht und die Konzessionspflicht des Händlers mit den Ernährungshütern und den Bedarfsstoffen der deutschen Landwirtschaft organisiert werden. Für diese Ernte schaffen wir alle geeignetsten und wirtschaftlichen Möglichkeiten, damit der deutsche bodenständige Handel den Bauern in weitgehendem Ausmaße bei Erntebeginn seine Waren abzunehmen in der Lage ist.

Dann ergriff der Präsident des Reichslandbundes und Landesbauernführer

Wilhelm Meinberg,

von seinen Landsleuten mit stürmischem Beifall begrüßt, das Wort:

Ich habe es oft genug erlebt, daß ein rauhes westfälisches Donnerwetter bei manchem Ministerialrat und Ministerialdirigent oft mehr wirkte als stundenlange Vorträge, und Sie können sicher sein, einen anständig rauhen Ton habe ich mit nach Berlin gebracht. Es gibt zwei große Probleme, die uns heute in der Agrarpolitik beschäftigen. Das kleinere davon ist das Problem des Preises. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß heute, wo der Reichsbauernführer Reichsernährungsminister geworden ist, auf dem Gebiete der Preisbewegung restlos alles unternommen wird, um die Lebensmöglichkeit des deutschen Bauerntums sicherzustellen.

Aber dieses Problem ist nicht das ausschlaggebende. Wir können mit den Preisen augenblicklich eine gewisse Lebenshaltung und Stabilität in der Landwirtschaft ermöglichen, wir können aber niemals mit der augenblicklichen Preisbewegung, die sich aus der wirtschaftlichen Struktur und aus der Kaufkraft unseres gesamten Volkes ergibt, in alle Zukunft hinein die Lebensgrundlage des deutschen Bauerntums sicherstellen.

Das größere Problem ist das, den deutschen Boden aus der Nomadisierung wiederherauszunehmen.

Ich weiß, daß manchem von Ihnen bei der kommenden Bodengesetzgebung das Erbhofgesetz härtebringend erscheinen wird. Selbst in Kreisen der deutschen Landwirtschaft ist die Auffassung vom deutschen Bauerntum und vom Begriff des Bauern sehr verschieden. Für uns ist der Bauer nicht an die Größe seines Besitzes gebunden,

„Bauerntum" ist die geistige Einstellung, die der Mensch zu seinem Grund und Boden hat.

Der Bauer weiß: Die Scholle, die ich bearbeite, haben vor mir schon Generationen meiner Vorfahren bearbeitet, und ich muß sie einst meinen Kindern zu treuen Händen übergeben so, wie ich sie von meinen Vorfahren bekommen habe.

Alle Maßnahmen, die von der Reichsregierung auf agrarpolitischem Gebiete getroffen werden, werden immer davon ausgehen, den Bauern zu schützen, aber, dem die Scholle lediglich Spekulationsobjekt ist, bei allen Maßnahmen beim Schutze auszuschalten.

Der Zug, der in 100 Jahren von deutschem Osten nach dem Westen hin in die Großstädte ging und dort das Bauernblut hinzog, muß jetzt wieder umgekehrt gehen.

Im deutschen Osten gibt es kaum noch ein bodenständiges Bauerntum. Es wird hier eine große Aufgabe sein, ein neues lebensfähiges Bauerntum zu schaffen.

Die Frage des Großgrundbesitzes im deutschen Osten anschneidend, führte Meinberg aus: Ich habe die Legende zu zerstreuen, daß wir Nationalsozialisten die Absicht hätten, dem Großgrundbesitz seine Daseinsberechtigung abzusprechen. Kein Mensch denkt daran, einen gesunden Großgrundbesitz zuschlagen zu wollen. Aber darüber hinaus denkt auch kein Mensch mehr daran, einen bis über die Ohren verschuldeten Großgrundbesitz im deutschen Osten mit dem Steuergroschen der Bauern und Arbeitern zu entschulden. Wenn der Großgrundbesitz im Osten verschuldet ist, lassen wir ihn aber trotzdem nicht Pleite gehen, sondern sind bereit, ihm einen Erbhof-Besitz zu geben, und die Schulden zu übernehmen. Aber das übrige Land wird der Großgrundbesitz als Siedlungsland für deutsches Bauerntum abgeben müssen. Wenn wir Siedlung aus diesen Gründen nicht betreiben, müßten wir zwangsweise im deutschen Osten deutsches Bauerntum bilden, denn

der beste Schutz einer deutschen Ostgrenze sind nicht Maschinengewehre, sondern ist ein lebenswichtiger Bauernhof am andern.

Nicht der Zustand von heute ist maßgebend für alle Maßnahmen, sondern immer der Blick auf die Zukunft der deutschen Nation.

Das westfälische Erbschaftsrecht ist dem preußischen Justizministerium ein Vorbild auf dem Wege dazu gewesen.

Wenn der Bauer seinen Boden nicht mehr verkaufen oder verpfänden kann, gibt es keinen Menschen mehr, der einen deutschen Bauern von seinem Hofe herunter zwangsversteigern könnte. Ein Bauerntum aber, das durch ein so geschaffenes Bauernrecht mit der Scholle verbunden ist, kann 10 Inflationen über sich hinweg gehen lassen. Das Ziel ist die Befestigung des deutschen Bauerntums auf der Scholle für Jahrhunderte.

Die zweite große Arbeit ist der Aufbau der Selbstverwaltung des deutschen Bauerntums.

Wir wollen dadurch, daß wir das gesamte deutsche Bauerntum mit allen Haupt- und Nebenorganisationen in einen einzigen Reichslandstand hineinbringen, den Staat von allen Maßnahmen entlasten, die eigentlich nicht Gebiete seiner Verwaltung sind, und wollen gleichzeitig erreichen, daß nicht jeder irgendwie im Verwaltungsleben stehende Mensch in die Dinge der deutschen Landwirtschaft hineinreden kann. Ich habe mich mit allen Mitteln gegen eine Verkammerung unseres landwirtschaftlichen Organisationsstandes gestreubt. Wir können heute sagen, daß nicht der deutsche Bauer einer Kammer unter-

Furchtbare Verkehrskatastrophe in Holland.

Kraftwagen rast in einen Kanal.

Sieben Tote.

tu **Amsterdam, 3. August.**

In der Nacht zum Dienstag hatten sich sieben Einwohner Amsterdams in einem Kraftwagen zum Fischfang nach Andijk begeben. Sie trafen aber am Bestimmungsort nicht ein und ließen auch sonst nichts von sich hören. Das gab zu Befürchtungen Anlaß, daß der Kraftwagen in den nordholländischen Kanal gestürzt sei, an dem entlang der Weg nach Andijk führt. Diese Befürchtungen haben sich leider bestätigt. Nachdem im Laufe des Mittwochs der genannte Kanal an verschiedenen Stellen vergeblich nach dem Auto abgesucht worden war, entdeckte kurz vor Mitternacht ein Polizeibeamter in Purmerend am Ufer des Kanals eine Oelspur, die zum Wasser führte. Nachforschungen ergaben, daß an dieser Stelle tatsächlich ein Kraftwagen im Wasser lag. Nachdem ein Kranwagen und das notwendige Bergungsmaterial herbeigeschafft waren, setzte im Lichte einiger Autoscheinwerfer in den frühen Morgenstunden des Donnerstags das Bergungswerk ein. Nach einigen Schwierigkeiten gelang es, eine Stahltrosse an einer der Achsen des auf der rechten Seite liegenden Wagens zu befestigen, worauf der Kran in Tätigkeit trat. Allmählich tauchte aus der Tiefe die Motorhaube des Wagens auf, und bald darauf bot sich den Bergungsmannschaften ein grauenvoller Anblick. Durch die vordere Scheibe ragte ein Bein hervor, dessen Besitzer wahrscheinlich noch im letzten Augenblick versucht hat, dem Tode zu entgehen. Bald darauf sah man auf der Bank hinter dem Steuer die Leichen von drei Männern, die sich im Todeskampf fest aneinander geklammert hatten, und im Innern des Wagens die übrigen vier Männer, aus deren Lage man ebenfalls erkennen kann, daß sie im letzten Augenblick vergeblich versucht haben, dem Tode zu entgehen. Durch das Fenster der rechten Tür des Wagens ragte ebenfalls ein Bein hervor. Zwischen 3 und 4 Uhr morgens war der Kraftwagen an Land geschafft, und die sieben Toten wurden in das Krankenhaus Purmerend überführt. Unter den Toten befinden sich drei Brüder.

Das Unglück dürfte sich in der dunklen Sturm- und Regennacht so zugetragen haben, daß der Führer des Wagens am Eingang des Ortes Purmerend durch eine Laterne irregeführt wurde und einen falschen Weg eingeschlagen hat. Unmittelbar hinter der Laterne ist der Wagen in den an dieser Stelle 5 Meter tiefen Kanal gestürzt.

stellt ist, sondern die Landwirtschaftskammer dem deutschen Bauerntum.

Der Reichslandstand gliedert sich in vier Hauptabteilungen:

Die erste Abteilung, in der die Standespolitik des Bauerntums gemacht wird. Die Frage des Tarifwesens wird in der Abteilung für Sozialpolitik zwischen den Vertretern der einzelnen Gruppen gelöst ohne staatliche Mithilfe, ebenso die Frage des Pachtschutzes durch unsere eigenen Schiedsrichter. Der Abteilung werden angeschlossen der Reichsverband der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, der Junglandbund bezw. die Jungbauernschaft, aus denen wir die Führer der kommenden Zeit herausholen wollen.

Die zweite Hauptabteilung hat alle die Fragen zu lösen, die bis dahin die Fragen der Landwirtschaftskammern waren: Betriebstechnik, Betriebswirtschaft, Absatzwesen, Fachschulwesen.

Die dritte Hauptabteilung ist der Reichsverband der deutschen Genossenschaften,

die vierte der deutsche Landhandelsbund. Das deutsche Genossenschaftswesen wie auch der Landhandel gehören gemeinschaftlich in den Reichslandstand hinein. Unser Genossenschaftswesen soll Treuhändertum des deutschen Bauerntums sein. Die Genossenschaft hat die Händler nötig, ebenso wie die Händler mit den Genossenschaften zu ihrem Vorteil zusammenarbeiten müssen.

Darüber hinaus werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach noch eine fünfte Abteilung bilden, die aber noch nicht klar feststeht.

Das deutsche Bauerntum hat in der Vergangenheit den Erlös seiner Werte nicht in der eigenen Einflußsphäre erhalten, sondern jenen Geldkreisen zur Verfügung gestellt, die mit dem Geld des Bauern den Kampf gegen die Bauern geführt haben.

Größte Aufgabe, die uns zu lösen bevorsteht, ist es, das Geld des deutschen Bauerntums wieder unter den Einfluß des deutschen Bauern zu bringen.

Bauernführer Meinberg schloß: Es liegt noch große Arbeit vor uns. Schon heute sieht das Bauerntum der ganzen Welt auf uns, ausländische Bauernführer studieren in nationalen Fragen immer wieder das, was bei uns schon geschaffen worden ist. Es wird in Deutschland gelingen, das Bauerntum zur Grundlage des Staates zu machen. Wir wollen es halten im Geiste des unbekannten einfachen Soldaten, der sein Leben hingegeben hat für die Nation. Wir wollen unter Adolf Hitler als seine Bauernmiliz aufbauen das neue Deutschland.

Regierungspräsident von Stockhausen dankte namens der Regierung von Arnsberg und versprach die vollste Unterstützung der Gedanken des Bauernführers auch durch seine Regierung. Die Versammlung schloß mit einer Treuekundgebung für ihren Führer.

Im Anschluß an die Oeffentliche Kundgebung fanden noch Verhandlungen der Fachschaften der Händler und Bauern statt, in der die Fragen der engeren Zusammenarbeit näher besprochen wurden.

Gebührensenkung im Kraftfahrzeugverkehr.

Vom Reichsrat genehmigt.

VDZ **Berlin**, 3. August.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Vollsitzung ab, in der zahlreiche kleinere Vorlagen erledigt wurden, darunter auch die neue Gebührenordnung für behördliche Maßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr, die die Gebühren für die Erteilung des Führerscheines und andere behördliche Bescheinigungen erheblich herabgesetzt. Die neue Gebührenordnung soll am 20. August in Kraft treten. Wie der Berichterstatter mitteilte, hat der Vertreter Württembergs im Reichsrat angeregt, daß der Fehlbetrag, der den Ländern aus der Gebührensenkung entsteht, aus Reichsmitteln gedeckt werden müßte. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums hat sich bereiterklärt, nach einer gewissen Frist, wenn feststehe, ob und welche Ausfälle entstehen, mit dem Reichsfinanzministerium wegen eines eventuellen Ersatzes in Verbindung zu treten.

Wie das VDJ-Büro meldet, sieht die neue Kraftfahrzeuggebührenordnung auf allen Gebieten des Kraftfahrzeugwesens erhebliche Senkungen vor. Von

den neuen Gebühren sind besonders die für die Erteilung eines Führerscheines hervorzuheben, der künftig für Krafträder 2 Mark und in allen anderen Fällen 3 Mark kostet. Für die Prüfung eines Antrages auf Erteilung eines Führerscheines werden 50 Pfg. für Krafträder und eine Mark für Kraftwagen erhoben, dieselben Gebühren für die Ergänzung eines Führerscheines.

Für die Ausfertigung eines Ersatzführerscheins werden die gleichen Gebühren wie für den neuen Führerschein erhoben. Die Erteilung einer Typenbescheinigung kostet künftig für Krafträder 8 Mk. und für Kraftwagen 16 Mk. Die Gebühr für die Erteilung einer Bescheinigung, Eintragung des Fahrzeuges in die Liste und Zuteilung des Kennzeichens beträgt für Krafträder 2 Mk., für Kraftwagen 3 Mk. Die gleiche Gebühr gilt für die Erneuerung der Bescheinigung bei veränderter Bauart des Fahrzeuges, sowie beim Wechsel des Wohnortes und beim Wechsel des Eigentümers. Die erneute Zulassung nach Abmeldung bis zur Dauer von 8 Monaten kostet für Krafträder 1,50 und für Kraftwagen 2,50 Mk. Für die Abstempelung des Kennzeichens durch die Polizeibehörde werden Gebühren von 50 Pfg. für Krafträder und von 1 Mk. für Kraftwagen erhoben. Die Gebühr für die Ausstellung eines Zeugnisses durch einen beamteten Arzt wird einheitlich auf 6 Mk. festgesetzt. Für die Erteilung eines internationalen Zulassungsscheines gilt eine Gebühr von 3 Mk. für Krafträder und von 5 Mk. in den anderen Fällen. Die gleichen Gebühren gelten für die Erteilung eines internationalen Führerscheines. Die neue Gebührenordnung tritt am 20. August in Kraft.

In der Begründung der Gebührenvorlage verweist die Regierung auf die verschiedenen, zur Förderung zur Motorisierung Deutschlands in der Kraftverkehrswirtschaft schon getroffenen Maßnahmen. Sie erinnert an die Erleichterung bei der Kraftfahrzeugsteuer und an die Senkung der Versicherungsprämien. Wegen Senkung der Sachverständigengebühren bei Prüfung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugfahrer schweben Verhandlungen. Ebenso werden die Senkung der Brennstoffpreise betrieben. Im Rahmen der Verbilligungsbestrebungen ist auch die Herabsetzung der Gebühren für behördliche Maßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr unerläßlich.

Der Reichsrat genehmigte weiter eine Ergänzung des Reichsfleischbeschaugesetzes, die den Zweck hat, die Erfahrungen, die auf dem Gebiete der bakteriologischen Fleischbeschau und der Erforschung der Fleischvergiftungserreger in den letzten Jahren gewonnen worden sind, der Praxis nutzbar zu machen. Zugleich werden die verschiedenen landesrechtlichen Bestimmungen, die in dieser Frage bereits ergangen sind, zu einheitlichen Reichsvorschriften zusammengefaßt. Eine weitere Verordnung, die vom Reichsrat genehmigt wurde, bestimmt, daß zur Vermeidung der Einfuhr von Trichinen in Zukunft die Einfuhr von Bärenfleisch und Bärenschinken der Fleischbeschau unterstellt wird. Gleichzeitig wurde die Einfuhr von Fleisch von Katzen, Füchsen und anderen Tieren, die Träger von Trichinen sein können, verboten. Weitere Beschlüsse des Reichsrates betreffen eine Aenderung der Verordnung über Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen und die Unterstellung eines weiteren Betäubungsmittels unter die Bestimmungen des Opiumgesetzes.

Die nächste Reichsratssitzung ist für den 14. September in Aussicht genommen.

*

Die Reichsautobahnen.

tu **Berlin**, 3. August.

Zum ersten Mal tagten am Donnerstag in der Reichskanzlei die führenden Männer des deutschen Straßenbaues, um über die großen gemeinsamen Probleme ihres Arbeitsgebietes zu beraten. Der Generalinspektor des deutschen Straßenwesens, Diplomingenieur Dr. Todt, hatte neben Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda etwa 50 leitende Fachleute der Länder und der preußischen Provinzen zusammenberufen.

In einem ausführlichen Referat legte Dr. Todt die Fehler dar, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Straßenbau gemacht worden sind und nahm eingehend zu den Fragen der Verwaltung, der Finanzierung und der technischen Ausführung Stellung. Dr Todt gab weiterhin eine ausführliche Darlegung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Reichsautobahnen. Als besonderen Vorteil des Projektes der Reichsautobahnen bezeichnet Dr. Todt die Beendigung des Konkurrenzkampfes zwischen Schiene und Straße. Zum Schluß erklärte Dr. Todt, daß der Reichskanzler bei der Verwirklichung des Planes der Reichsautobahnen den Zweck verfolge, nicht Straßen zu bauen, die in zehn Jahren von der Entwicklung überholt sein würden, sondern den schon jetzt unzweifelhaft feststehenden Bedürfnissen zukünftiger Jahrzehnte Rechnung zu tragen. Die im Anschluß an das Referat des Generalinspektors des deutschen Straßenwesens einsetzende Aussprache, die sich über mehrere Stunden erstreckte, zeigte eindeutig, daß die maßgebenden Fachleute des deutschen Straßenbaues die Richtigkeit der Straßenbaupläne des Reichskanzlers klar erkannt haben und gewillt sind, an ihrer Verwirklichung mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Frankreichs Sorge um Oesterreich.

Es bereitet eine Aktion gegen Deutschland vor.

CNB **Paris**, 3. August.

Nachdem die französische Presse in den letzten Tagen sich wiederholt mit den Schritten, die der österreichische Kanzler Dollfuß in Berlin, Rom und London unternommen hat, beschäftigt hat, veröffentlicht Havas folgende amtliche Mitteilung:

„Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt sich seit mehreren Wochen mit der zwischen der deutschen und österreichischen Regierung bestehenden Entspannung. Seine Aufmerksamkeit hat sich dabei insbesondere auf die verschiedenen Zwischenfälle erstreckt, die sich in der letzten Zeit ereignet haben, nämlich die Ueberfliegung österreichischen Gebietes durch Flugzeuge schlecht erkennbarer Herkunft, die feindselige Flugblätter gegen den Kanzler Dollfuß abgeworfen haben, oder die Funksendungen deutscher Stationen, in denen die gegenwärtige Wiener Regierung angegriffen wurde. Der Außenminister hat bei einer gewissen Zahl von Regierungen den Ernst und die Gefahren, die solche Geschehnisse darstellen, betont, und er habe mit ihnen die Meinungen ausgetauscht über Wege und Mittel, etwa die einer gemeinsamen Aktion, um die Wiederholung solcher Geschehnisse zu vermeiden."

*

Eine Abschwächung.

w **Paris**, 3. August.

Die obige von der Agentur Havas ausgegebene Mitteilung ist von der französischen Presse als Stichwort aufgegriffen worden, eine regelrechte Kampagne gegen das neue Deutschland zu eröffnen. Die Blätter haben in diesen Betrachtungen, teilweise vom Jahrestag des Kriegsausbruches ausgehend, das Problem von dem Gesichtspunkt behandelt, daß Deutschland nichts vergessen und nichts hinzugelernt habe und nur noch ein energischer Schritt der interessierten Mächte übrig bleibe. Man sprach und man spricht sogar von einer scharfen Note, von einer gemeinsamen diplomatischen Aktion usw.

Diese Wirkung scheint dem französischen Außenministerium doch etwas ungelegen zu kommen, zumal durch die Polemik der französischen Presse der Eindruck entstehen mußte, als habe Frankreich das Heft in die Hand genommen und suche die übrigen Mächte für einen Vorstoß zu gewinnen.

Deshalb bemüht sich der „Temps", ohne seine bekannte Einstellung gegenüber Deutschland zu verleugnen, etwas zu dämpfen und er behauptet, in der wiedergegebenen Form dürfte die ausgegebene Information nicht zutreffen. Jedenfalls handele es sich um kein Kommuniqué des Außenministeriums, auch nicht um eine offiziösen Charakter tragende Note.

Die österreichische Bundesregierung habe wohl auch keine formelle Demarche bei den Regierungen der Hauptmächte unternommen, wenn auch im Verlaufe der üblichen auf die Lage in Oesterreich und Mitteleuropa abzielenden Verhandlungen finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Art die Regierung von Rom, London und Paris auf diese Vorfälle aufmerksam gemacht seien.

Es sei doch selbstverständlich, meint das Blatt, daß das Problem der Beibehaltung eines unabhängigen Oesterreichs im Vordergrunde des Meinungsaustausches stehe, den man natürlicher Weise pflege, um die Möglichkeiten für eine allgemeine dauerhafte wirtschaftliche Reorganisation zu untersuchen. Denn wenn Oesterreich aufhören sollte, ein unabhängiges Land zu sein, wenn es infolge des Anschlusses oder auf andere Weise von Deutschland kontrolliert würde, dann würde die Lösung des mitteleuropäischen Problems unmöglich werden und sämtliche Opfer, die man gebracht habe, um Oesterreich zu einer normalen Existenz zu helfen, wären vergeblich.

Es treffe aber nicht zu, daß eine bestimmte diplomatische Aktion bereits im Gange sei und bisher sei auch keine Demarche erfolgt. Erst wenn die österreichisch-deutsche Spannung sich verstärken sollte, würde man an die Initiative für eine gemeinsame Aktion zur Beseitigung einer unerträglich gewordenen Lage denken können.

In demselben Gedankengang erklärt „Paris Soir", Frankreich bleibe seinen Verpflichtungen und auch seinen Interessen getreu, bereit, an einem Kollektivprotest teilzunehmen, aber es müsse natürlich abwarten. Denn diese Frage interessiere in gleicher Weise die Regierungen von Rom und London. Im Augenblick scheine kein unmittelbarer Schritt bevorzustehen.

*

Die Haltung Englands.

w **London**, 3. August.

Wie Reuter meldet, sind die britische, französische und italienische Regierung zur Zeit mit der Prüfung der Frage der nationalsozialistischen Propaganda in Oesterreich beschäftigt und zwar auf Grund der Erkundigungen, die von dem Gesandten der betreffenden Mächte bei der österreichischen Regierung in Wien eingeholt worden sind. Falls die beteiligten Regierungen zu dem Resultat kommen sollten, daß ein Schritt in Berlin gerechtfertigt sei, so würden, wie Reuter weiter erfährt, die in Betracht kommenden Vorstellungen entweder unter Berufung auf Artikel 80 des Versailler Vertrages erhoben werden, in dem Deutschland verspreche, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu achten, oder unter Berufung auf die Präambel zum Vier-Mächte-Pakt.

*

Das französische Geld für Oesterreich

w **Paris**, 3. August.

Havas teilt auf Grund von Gerüchten aus Finanzkreisen mit, daß der französische Anteil an der österreichischen Völkerbundsanleihe vom Juli vorigen Jahres in Höhe von 300 Millionen Franken in den ersten Tagen der nächsten Woche ausgegeben wird.

Schlachtsteuerveranlagung nach Schlachtgewicht abgelehnt.

VDJ. **Berlin**, 3. August.

Wie das VDJ-Büro meldet, schweben auf Grund verschiedener Wünsche von Interessenten bei den zuständigen Stellen Erwägungen auf Aenderung der Schlachtsteuer. Insbesondere gelten diese Erwägungen auch einer anderweitigen Behandlung der Magerkühe. Die Veranlagung nach Schlachtgewicht anstatt nach Lebendgewicht ist jedoch von den zuständigen Stellen im Rahmen der Schlachtsteuer abgelehnt worden. Sie würde, so wird amtlich erklärt, auch der Tendenz des neuen Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch widersprechen, das auf eine Notierung der Viehpreise nach Lebendgewicht abzielt.

Empfänge und Besprechungen beim Reichskanzler.

w **Berchtesgaden**, 3. August.

Reichskanzler Adolf Hitler, der zu vorübergehendem Aufenthalt auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden eingetroffen ist, hatte gestern eine Besprechung mit dem Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Lammers, und Staatssekretär Dr. Funk vom Reichspropagandaministerium. Außerdem empfing der Kanzler gestern den amerikanischen Industriellen Mister Behn und den Vizepräsidenten der City Company of Newyork, Mister Henry Mann. — Heute nachmittag zwischen 12 und 13 Uhr hatte der Reichskanzler im Beisein des Staatssekretärs Dr. Lammers eine Besprechung mit dem südafrikanischen Minister für Eisenbahnen und Landesverteidigung, Piroch, und dem Generalkonsul Brehmer. An dieser Besprechung nahm auch der Vertreter der bremischen Regierung bei der Reichsregierung, Burandt, teil. — Um 16 Uhr fand eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Leiter der politischen Organisation der NSDAP, Dr. Ley und dem Reichsjugendführer v. Schirach über den Reichsparteitag in Nürnberg statt.

Zu hohe Zinsen für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge.

VDZ **Berlin**, 3. August.

Wie das VDJ-Büro meldet, ist vom Preußischen Gemeindetag beim Minister für Wirtschaft und Arbeit beantragt worden, die Zinsen für die Darlehen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge von 4 bzw. 5 Prozent auf 3 Prozent zu senken. In der Begründung wird ausgeführt, daß es berechtigt sei, die Zinssätze für die Darlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge dem allgemeinen Zinssatz anzupassen und zwar in der Weise, daß das Verhältnis, das z. Z. der Hergabe der Darlehen zwischen damals gültigen allgemeinen Zinssatz und dem Zinssatz für die Darlehen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge bestand, wieder hergestellt werde. Hiernach wäre für die Regel der Fälle ein Zinssatz von 3 Prozent angemessen.

Schwere Zuchthausstrafen in einem Sprengstoffprozeß.

w **Breslau**, 3. August.

Vor dem Breslauer Sondergericht hatten sich heute neun Angeklagte aus Beuthen wegen Sprengstoffvergehens zu verantworten. Sie hatten im Juni vorigen Jahres Sprengkörper hergestellt, indem sie von einem Eisenzaun 12 faustgroße hohle Kugeln abbrachen, mit Sprengstoff füllten und sie mit einer Zündschnur versahen. **Zwei der Angeklagten erhielten je 10 Jahre Zuchthaus und 19 Jahre Ehrverlust, ein Angeklagter 7 Jahre Zuchthaus, ein weiterer 6 Jahre und drei der Angeklagten je 5 Jahre Zuchthaus und entsprechenden Ehrverlust.**

Russischer Generalstabsoberst als Spion verhaftet.

w **München**, 3. August.

Die Polizeidirektion München teilt mit: In Berlin wurde der ehemalige russische Generalstabsoberst Alexis Lamke unter dem Verdacht der Spionage zugunsten einer ausländischen Macht verhaftet. Wie wir dazu erfahren, gehört Lamke zu jenem Kreis russischer Emigranten, die teilweise für Frankreich, teilweise für die GPU gearbeitet und für beide Seiten spioniert haben.

Ein französischer Schritt in Berlin.

Wegen eines angeblichen Saarzwischenfalles.

tu **Paris**, 3. August.

Der Quai d'Orsay verbreitet folgendes Kommuniqué: „Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, hat am Montag einen entschlossenen Schritt bei der Reichsregierung unternommen, um gegen die kürzliche Entführung französischer Staatsangehöriger zu protestieren. Eine ähnliche Protestnote war bereits von der Regierungskommission des Saargebiets wegen Verletzung der Gebietsteile, die sie verwaltet, unterbreitet worden."

Der Prozeß um die Görres-Haus-AG

tu **Köln**, 3. August.

In der heutigen Sitzung des Prozesses um die Görres-Haus-A.-G. wurde zwischen dem Gericht und der Verteidigung Uebereinstimmung erzielt, daß auf den Zeugen Reichskanzler a. D. Dr. Brüning verzichtet wird. Das Gericht trat dann in die Beweisaufnahme ein. Der Sachverständige Diplom-Kaufmann Krumpke führte aus, daß seit 1926 Verluste eingetreten seien, die man bilanzmäßig nicht in die Erscheinung treten ließ. 1927 habe der Verlust 856 000 Rm., 1928 1 429 000 Rm. und 1929 2 785 000 Rm. betragen, während in der Bilanz kleine Gewinne ausgewiesen wurden. In der Zwischenbilanz von 1930, die zwecks Gründung der Görres-Haus A.-G. aufgestellt wurde, sei ein Gewinn von 720 000 Rm. den Angeklagten Maus, Mönnig und Stocky gutgeschrieben worden, obgleich die Illiquidität der Görres-Haus G. m. b. H. seit 1926 klar ersichtlich gewesen sei. Der Sachverständige Dr. Bertenrath äußerte sich über die Zuwendungen der drei ersten Angeklagten an die G. m. b. H. Es sei lediglich ein Betrag von 220 000 Rm. einwandfrei nachweisbar. Zu der Erhöhung der Immobilienwerte in den Bilanzen bezog sich der Angeklagte Maus auf ein Gutachten aus dem Jahre 1932, wonach die Immobilien über 6 Millionen Rm. angesetzt worden seien. Bei der Erörterung der Bewertung der Verlagsrechte erklärte Maus, die Angeklagten hätten 1 Million Rm. für die Verlagsrechte gezahlt und hätten daher diesen Punkt als stille Reserve ansehen dürfen. Eine Klarheit darüber, ob die Million voll eingezahlt worden ist, ließ sich nicht erzielen. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Banditen überfallen eine amerikanische Stadt.

TU **Newyork**, 3. August.

Ein tolles Wildweststück wird aus Coffeyville (Kansas) gemeldet. Eine Schar Banditen hat am Mittwoch gegen 1 Uhr nachts die kleine Stadt Weir in Kansas überfallen in der Absicht, die dortige Bank auszuplündern. Die Horde erschien in mehreren Kraftwagen, die mit Maschinengewehren versehen waren, und setzte sofort den Nachtwächter des Städtchens gefangen. Sodann wurde das Postgebäude besetzt, das Telephonfräulein gefangen genommen und sämtliche Telephonleitungen zerstört. Fußgänger und Kraftwagenfahrer, die inzwischen in den Straßen auftauchten, im ganzen 22 Personen, wurden sämtlich angehalten und in das Stadtgefängnis eingesperrt, dessen Schlüssel die Banditen dem Nachtwächter entwendet hatten. Es folgte dann der Angriff auf die Bank. Das Tor des Gebäudes wurde zerstört und der zwei Tonnen schwere Geldschrank mit seinem Inhalt von 3000 Dollar in bar und großen Mengen wertvoller Aktien in ein bereitgehaltenes Lastauto geschleppt. Der Kassierer und dessen Vater, die hinzueilten, als sie im Kassenraum ein verdächtiges Geräusch hörten, wurden ebenfalls gefangen gesetzt. Schließlich fuhr eine 72jährige alte Frau, die in der Nähe der Bank wohnte, mit einem Kraftwagen zu dem nächsten von den Banditen nicht zerstörten Telephonapparat, der sich etwa 8 Kilometer von der Stadt entfernt befand, und alarmierte die Polizeistationen in den umliegenden Städten. Als die Beamten eintrafen, waren die Banditen bereits mit ihrer Beute entflohen. Sie werden von schwerbewaffneter Polizei und Nationalgarde verfolgt.

Neues in Kürze . . .

Der neue Staatsrat wird zwar wahrscheinlich Anfang September zusammentreten, aber ein genauer Zeitpunkt liegt noch nicht fest, ebensowenig wie der Tagungsort endgültig entschieden ist.

In den Reichsrat sind als neue Bevollmächtigte Preußens die Minister Schmitt und Darré, als Stellvertreter Staatssekretär Willikens und Ministerialdirektor Jäger eingetreten.

Unter den Notaren, welche nach Mitteilung des „Amtlichen Preußischen Pressedienstes" aus ihrem Amte auf Grund des Beamtengesetzes neuerdings entlassen wurden, befindet sich u. a. Erich Koch-Weser, der frühere Reichsinnenminister und staatsparteiliche Reichstagsabgeordnete.

In der Reichstagsbrandstifterfache ist die Anklageschrift den Offizialverteidigern zugestellt worden; sie umfaßt mehrere hundert Seiten.

Der ehemalige Flügeladjutant des österr. Kaisers Karl, Oberst Wladimir Graf Ledochowsky, wurde in seiner Wiener Wohnung tot aufgefunden. Die Todesursache ist unbekannt.

Papst Pius XI. hat den Bischof von Cremon, Mimmi, zum Erzbischof von Bari ernannt.

Mister Lander, der englische Vertreter der englischen Firma Vickers und Armstrong, Ltd. Waffen- und Schußkonstruktionen, wurde aus unbekannten Gründen aus Konstantinopel ausgewiesen.